

# Wem gehört der Wind? Die Antwort auf diese Frage könnte über unsere Energie der Zukunft entscheiden

Nicht nur Landbesitzer sollten von Windkraftanlagen profitieren, sondern ganze Gemeinschaften, sagt Robert Wade. Laut dem Umweltwissenschaftler wäre so eine schnellere und gerechtere Energiewende möglich.

Martina Huber 20.03.2024, Ein Artikel aus der «[NZZ am Sonntag](#)»



Hier stehen bereits seit 1996 Windturbinen: Mont-Soleil im bernischen Saint-Imier. Valentin Flauraud / Keystone

Die Schweiz will in Zukunft nicht mehr nur auf Wasserkraft als nachhaltige Energiequelle setzen. Bis im Jahr 2035 sollen andere erneuerbare Energien hierzulande mindestens 35 000 Gigawattstunden (GWh) Strom pro Jahr liefern. So sieht es das «Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien» vor, das Ende September vom Parlament angenommen wurde und das voraussichtlich Anfang 2025 in Kraft tritt.

Zum Vergleich: Im Jahr 2022 wurden in der Schweiz insgesamt 63 500 GWh Strom produziert. Davon stammten gut 23 000 GWh aus Kernkraftwerken, 33 500 GWh aus Wasserkraftwerken, 6000 GWh aus übrigen erneuerbaren Energien. Während Solarkraft in den letzten Jahren stark ausgebaut wurde, liefern 65 Windkraftanlagen mit knapp 150 GWh erst einen verschwindend kleinen Anteil des Schweizer Stroms.

Und vielerorts regt sich Widerstand gegen den Ausbau der Windkraft, politische Vorstösse in mehreren Kantonen zielen auf grosse Mindestabstände von Windkraftanlagen, Einsprachen und Gerichtsverfahren zögern Projekte um Jahre hinaus oder verhindern sie ganz.

Das müsste nicht sein, findet Robert Wade, der als Postdoc an der Technischen Universität Eindhoven forscht. «Viele Konflikte entstehen deshalb, weil die Gemeinschaften nicht frühzeitig in Planungsprozesse einbezogen werden – und weil meist nur Landbesitzer von Windkraftanlagen profitieren», sagt Wade.



## Umweltwissenschaftler Robert Wade.

Vincent Van Den Hoogen

Als Umweltwissenschaftler mit sozialwissenschaftlichem Hintergrund beschäftigt er sich nicht mit den technologischen Aspekten der Energiewende, sondern mit dem gesellschaftlichen Kontext. Und so war für ihn schon früh klar, dass Eigentumsverhältnisse bei der Energiewende eine wichtige Rolle spielen. «Fossile Ressourcen wie Kohle, Erdöl und Erdgas wurden in vielen Ländern verstaatlicht», erklärt er. «Aber kaum jemand spricht darüber, wem diese neuen Ressourcen wie Wind, Sonne oder Erdwärme gehören. Dabei wäre das extrem wichtig.»

## Geheime Verträge mit Landbesitzern

Vor diesem Hintergrund hat Wade die Rahmenbedingungen und Prozesse rund um die Planung von Windkraftanlagen in verschiedenen Ländern analysiert und verglichen, unter anderem in Deutschland, Irland und den Niederlanden. «Weil nicht explizit darüber gesprochen wird, werden in der Praxis meist die Landeigentümer als Eigentümer des Windes behandelt», sagt Wade.

So nehmen Projektentwickler auf der Suche nach möglichen Standorten in vielen Ländern Europas zunächst Kontakt zu Landbesitzern auf und schliessen mit ihnen Verträge mit sogenannten Optionsvereinbarungen ab. Diese binden Landbesitzer vertraglich an den Entwickler und erlauben das Durchführen von Tests, um zu prüfen, ob der Standort tatsächlich für Windkraft geeignet ist.

«Das alles geschieht lange bevor die Öffentlichkeit informiert wird, und oft enthalten diese Verträge auch Geheimhaltungsklauseln», sagt Wade. In vielen seiner Interviews hat er gehört, dass die Bewohnerinnen und Bewohner einer Region einen schwarzen Mercedes sahen, der zu den verschiedenen Landbesitzern oder Landwirten fuhr. «Die Leute wissen, dass etwas vor sich geht, aber niemand spricht darüber. Das sorgt für Misstrauen und Konflikte.»

Ist ein Standort gut und wird tatsächlich eine Windkraftanlage oder ein Windpark realisiert, erhalten Landbesitzer in vielen Ländern hohe Pachtpreise für die Nutzung ihres Landes: In Deutschland hat Wade von 80 000 bis 100 000 Euro gehört, die pro Jahr und Turbine an Landbesitzer bezahlt würden, in Irland und den Niederlanden von 30 000 bis 50 000 Euro pro Turbine und Jahr. «Auch wenn die Pachtpreise nicht so hoch sind wie in Deutschland, können sie für Konflikte sorgen», sagt Wade. Viele empfinden es als ungerecht, dass oft nur Landbesitzer finanziell von Windkraftanlagen profitieren, obschon sie nicht als Einzige davon betroffen sind.

## Enteignungen für Windkraftprojekte

Neben Ländern, in denen die Landbesitzer in einer starken Verhandlungsposition sind, gibt es laut Wade auch Regionen, wo dies nicht der Fall ist. So hat etwa die chinesische Provinz Heilongjiang klimatische Ressourcen wie Wind- oder Sonnenenergie explizit vom Land abgetrennt und zum Staatseigentum erklärt. Um sie zu nutzen, ist eine Genehmigung der Behörden notwendig.

In europäischen Ländern wie Spanien, Italien, Griechenland und Norwegen ist es gesetzlich erlaubt, für die Entwicklung von Windkraftanlagen Land zu enteignen. In der spanischen Region Galizien geschieht dies zunehmend. In Norwegen und Griechenland kommt es in der Praxis nur selten zu Enteignungen: Um langwierige Gerichtsverfahren zu verhindern, schliessen Entwickler lieber freiwillige

Entschädigungsvereinbarungen mit Landbesitzern ab. «Dennoch schwächt die Möglichkeit der Enteignung die Verhandlungsposition der Landbesitzer, und sie können keine hohen Pachtpreise mehr verlangen», sagt Wade.

Er selbst ist kein Fan von Enteignungen. Denn anstelle der Landbesitzer würden meist kommerzielle Entwickler profitieren, nicht die Bevölkerung vor Ort. Manche Forschende befürchten sogar, dass Europa im Zug der Energiewende ein wichtiger Schauplatz für sogenanntes «green grabbing» werden könnte, wobei sich Unternehmen, gefördert durch staatliche Subventionen, Land und damit verbundene Energieressourcen aneignen.

## In Irland gehört die Luft dem Staat

Wade plädiert dafür, erneuerbare Energien wie Wind und Sonne als Gemeingut zu nutzen. Dazu könnte man in Gesetzen Windrechte definieren, die beispielsweise den Gemeinden oder dem Staat gehören. In manchen Ländern bestehe bereits die rechtliche Grundlage dazu. So steht etwa in der Verfassung Irlands, dass alle natürlichen Ressourcen, einschliesslich der Luft und jeglicher Art von potenzieller Energie, dem Staat gehören.

«Natürlich müssen Landbesitzer, auf deren Land eine Windkraftanlage errichtet wird, immer mit einbezogen und in irgendeiner Form entschädigt werden. Aber wenn die Ressource Wind nicht ohne Zustimmung der Gemeinschaft genutzt werden könnte, würde das die Planungsprozesse grundlegend verändern», sagt Wade.

Entwickler könnten dann nicht mehr geheime Verträge mit Landbesitzern abschliessen und Projekte ausarbeiten, zu denen die Gemeinden am Ende nur noch Ja oder Nein sagen können. Vielmehr wären die Gemeinden von Anfang an zentrale Akteure und könnten selbst festlegen, an welchen Standorten Windkraft gewonnen werden soll und ob sie die Ressource an einen Unternehmer vergeben oder sie in einem genossenschaftlichen Projekt selbst nutzen.

«Das würde nicht nur eine gerechtere Energiewende ermöglichen, sondern auch eine schnellere», ist Wade überzeugt. Denn ein Blick in die sozialwissenschaftliche Forschung zum Thema zeige: «Gemeinsam beschlossene Projekte werden von der Bevölkerung besser akzeptiert und mitgetragen.»

Damit sich am bestehenden System etwas ändere, müssten die Menschen sich allerdings organisieren und ihr Recht auf Mitsprache aktiv einfordern, sagt der Forscher. Das dürfte nicht ganz einfach werden. Die Energiebranche ist gut organisiert und vernetzt, sie hat eine starke Lobby und kein Interesse daran, etwas zu

verändern. Heute organisieren sich die Leute oft erst als Reaktion auf geplante Projekte, gegen die sie sich dann wehren. «Die Diskussion könnte positiver werden, wenn die Leute fordern würden: Das ist unser Wind, und wir wollen mitentscheiden, wie er verwendet wird. Und wenn sie sich dann auch daran beteiligen, Lösungen zu finden.»

## Eingeschränkte Mitspracherechte

In den Niederlanden gibt es laut Wade eine starke Bürgerenergiebewegung, bei der Genossenschaften mit Unterstützung von Gemeinden Windenergieprojekte entwickeln. Und auch in Irland kennt er Beispiele von Gemeinden, in denen die Menschen zusammenkamen, um über die Nutzung ihrer Ressourcen zu sprechen und gemeinsam darüber zu entscheiden. Doch in vielen Ländern gehe die Politik genau in die entgegengesetzte Richtung: Zur Beschleunigung der Energiewende werden Mitsprache- und Beschwerderechte der lokalen Bevölkerung zunehmend eingeschränkt.

Auch in der Schweiz soll der Ausbau der Windenergie beschleunigt werden: Letzten Sommer beschlossen National- und Ständerat das [«Bundesgesetz über die Beschleunigung der Bewilligungsverfahren für Windenergieanlagen»](#), kurz Windexpress. Der Bundesrat setzte es im Dezember in einer Verordnung um. Für Windenergieanlagen von nationalem Interesse kann künftig der Kanton die Baubewilligung erteilen, sofern ein rechtskräftiger Nutzungsplan vorliegt, und Beschwerden dagegen sind nur noch bis vors oberste kantonale Gericht möglich. Wird dadurch die Mitwirkung der Bevölkerung eingeschränkt, könnte das laut Wade die Akzeptanz der Windenergie weiter schmälern, anstatt ihren Ausbau zu beschleunigen: «Solange die Menschen Windkraft als etwas wahrnehmen, das ihnen von aussen aufgezwungen wird und von dem nur ein paar wenige profitieren, während die Allgemeinheit die Kosten trägt, wird es immer Widerstand geben.»

Ein Artikel aus der [«NZZ am Sonntag»](#)